

Jan Niklas Bunnenberg

Privates Datenschutzrecht

Über Privatautonomie im Datenschutzrecht –
unter besonderer Berücksichtigung der Einwilligung und
ihrer vertraglichen Kopplung nach Art. 7 Abs. 4 DS-GVO



Frankfurter Studien zum Datenschutz

Veröffentlichungen der Forschungsstelle
für Datenschutz an der Goethe-Universität
Frankfurt am Main

Herausgegeben von
Prof. Dr. Dr. h.c. Spiros Simitis
Prof. Dr. Indra Spiecker genannt Döhmann, LL.M.

Band 58

Jan Niklas Bunnenberg

Privates Datenschutzrecht

Über Privatautonomie im Datenschutzrecht –
unter besonderer Berücksichtigung der Einwilligung und
ihrer vertraglichen Kopplung nach Art. 7 Abs. 4 DS-GVO



Nomos



Onlineversion
Nomos eLibrary

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Köln, Univ., Diss., 2020

ISBN 978-3-8487-6895-0 (Print)

ISBN 978-3-7489-0990-3 (ePDF)

1. Auflage 2020

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2020. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Vorwort

Die Digitalisierung bringt datenintensive Güter und Konsumweisen hervor. VerbraucherInnen werden fortlaufend neuen – von ihnen kaum zu überblickenden – digitalen Beobachtungszusammenhängen ausgesetzt. Die daraus resultierenden Disziplinierungs- und Diskriminierungsrisiken können von einer grundrechtlich determinierten Rechtsordnung nicht ignoriert werden. Dabei macht es das (europäische) Datenschutzrecht in erster Linie von der Zustimmung der Betroffenen abhängig, ob, zu welchen Zwecken und auf welche Weise personenbezogene Daten von Unternehmen verarbeitet werden dürfen; es setzt zu einem guten Teil auf Privatautonomie. Nicht selten jedoch zeugt die damit angestoßene – vor allem in vorformulierten Einwilligungserklärungen zum Ausdruck kommende – dezentrale Regelbildung von einer einseitigen Interessendurchsetzung der Digitalunternehmen. Andererseits sind einer öffentlich-rechtlichen („einwilligungsfesten“) Steuerung und Begrenzung soziotechnischer Kommunikationsverhältnisse faktische wie normative Grenzen gesetzt. Das (Datenschutz-)Recht ist insofern auf eine Regelbildung „von unten“ angewiesen. Doch wie kann das Recht zu deren Gelingen beitragen? Hierauf entwickelt die vorliegende Arbeit Antworten – auf theoretischer, ebenso wie auf praktisch-dogmatischer Ebene.

Die dabei aufgegriffenen Perspektiven und Zugriffe auf die Datenschutzproblematik sind maßgeblich geprägt von der inspirierenden und lehrreichen Zeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Kölner Lehrstuhl von Herrn Prof. Dr. Dan Wielsch, LL.M. (Berkeley), dem ich wichtige Denkanstöße für die Arbeit verdanke und der ihre Entstehung gefördert hat, ohne mir die Freiheit zur Entwicklung eines eigenen wissenschaftlichen Standpunktes zu nehmen. Professor Wielsch und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus meiner Lehrstuhlzeit gilt daher mein erster, aufrichtiger Dank. Ein großes Dankeschön möchte ich zudem Herrn Prof. Dr. Haferkamp (Universität zu Köln) für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens aussprechen. Danken möchte ich auch Frau Prof. Dr. Spiecker gen. Döhmann und Herrn Prof. em. Dr. Dr. h.c. Simitis (beide Universität Frankfurt) für die Aufnahme der Arbeit in die Frankfurter Schriftenreihe zum Datenschutzrecht sowie der Studienstiftung des deutschen Volkes für ihre finanzielle und ideelle Förderung während Studium und Promotion. Teile der Arbeit gehen auf einen Forschungsaufenthalt an der University of

Vorwort

California in Berkeley zurück, der ohne die Unterstützung durch Herrn Prof. Dr. Mansel (Universität zu Köln) und die finanzielle Förderung durch die Dr. Wilhelm-Westhaus Stiftung und die Universität zu Köln nicht möglich gewesen wäre. Hierfür bedanke ich mich sehr.

Schließlich möchte ich mich bei allen Freundinnen und Freunden und meiner Familie für ihre Unterstützung und Begleitung während aller Höhen und Tiefen der Promotionszeit bedanken. Ganz besonders danke ich Simon Spicker-Benning und Max Menn, die mir durch ihre sorgfältige Durchsicht des Manuskripts eine unschätzbare Hilfe geleistet haben. Zu guter Letzt gilt mein allergrößter Dank Sophie Hermanns. Sie hat dem Entstehungsprozess der Arbeit von den Anfängen bis zum Abschluss immer wieder ihre kritische Aufmerksamkeit gewidmet und mich dabei auf so manchen Irrweg aufmerksam gemacht.

Köln, im Juni 2020

Inhaltsübersicht

Teil 1: Datenschutzrechtliche Rechtsgeschäfte

§ 1 Problemlage, Forschungsfragen und Gang der Untersuchung	21
§ 2 Rechtsgeschäftliche Datenschutzgestaltung	31
§ 3 Regulierungsherausforderungen des Einwilligungmodells	85

Teil 2: Grundrechtskonformer Datenschutz zwischen Privaten

§ 4 Grundrechte und rechtsgeschäftliche Freiheit	127
§ 5 Datenschutzgrundrechte: zwischen Datenherrschaft und soziotechnischem Vertraulichkeitsschutz	163
§ 6 Das Wechselverhältnis privater und staatlicher Regelbildung im horizontalen Datenschutzrecht	185

Teil 3: Inhaltliche Grenzen rechtsgeschäftlicher Freiheit im Datenschutzrecht

§ 7 Die datenrechtliche Inhaltskontrolle	220
§ 8 Datenminimierung im Vertragszusammenhang	256
§ 9 Die datenrechtliche Inhaltskontrolle am Beispiel personalisierter Online-Werbung	283
Zusammenfassung der Ergebnisse	309
Schlusswort	317

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	17
Teil 1: Datenschutzrechtliche Rechtsgeschäfte	21
§ 1 Problemlage, Forschungsfragen und Gang der Untersuchung	21
A. Zum Verhältnis von Datenschuldrecht und Datenschutzrecht	21
B. Privatautonomie im Datenschutzrecht?	24
C. Technikfolgenregulierung, Persönlichkeitsschutz oder Persönlichkeitsgüterrecht?	26
D. Forschungsfragen und Gang der Untersuchung	29
§ 2 Rechtsgeschäftliche Datenschutzgestaltung	31
A. Die datenschutzrechtliche Einwilligungserklärung (Art. 6 Abs. 1 lit. a DS-GVO)	32
I. Rechtsnatur der Einwilligung	32
II. Einwilligung und Dateneigentum	35
III. Widerrufbarkeit der Einwilligung	37
IV. Formale Voraussetzungen wirksamer Einwilligungserklärungen	40
1. Erklärungsfähigkeit	40
2. Wissensstand	40
3. Bestimmtheit	42
V. Freiwilligkeit und Inhaltsgrenzen	44
VI. Rechtsfolgen von Verstößen und „Auswechslung“ der Verarbeitungsgrundlage	45
B. Vertragserforderliche Datenverarbeitungen (Art. 6 Abs. 1 lit. b DS-GVO)	47
I. Die Legitimation personenbezogener Datenverarbeitungen durch Vertrag	47
1. Vertrag	47
2. Erfüllung	48
3. Erforderlich	49
II. Das Spannungsverhältnis zwischen Vertragsrecht und Datenschutzrecht	49
III. Lösungswege	53
1. Schuldrechtliche Lösung	53

Inhaltsverzeichnis

2. Datenschutzrechtliche Lösung (datenschutzrechtliche „Erforderlichkeit“)	54
3. Konsequenzen	58
IV. Zwischenergebnis	60
C. Berechtigte Interessen (Art. 6 Abs. 1 lit. f DS-GVO)	61
I. Abgrenzungsproblematik	62
II. Berechtigte Interessen im rechtsgeschäftlichen Kontext	65
III. Konsequenzen	66
IV. Zwischenergebnis	68
D. Verbleibender Anwendungsbereich der Einwilligung	68
I. Kritik am Einwilligungsmodell	69
II. Ende der Einwilligung als Kommerzialisierungsinstrument?	70
1. Die unklare Vorschrift aus Art. 7 Abs. 4 DS-GVO	70
2. Die Relevanz von Art. 7 Abs. 4 DS-GVO	72
3. Strenge Auslegung	73
4. Festhalten am Einwilligungsmodell	75
a) Datenschutzrecht und kommerzielles Persönlichkeitsrecht	75
b) Besondere systematische Stellung der Einwilligung	76
c) Vermeidung von Rechtsunsicherheit	78
5. Fazit	78
III. Materialisierung des Einwilligungsmodells	78
1. Vorzugswürdige Interpretation von Art. 7 Abs. 4 DS-GVO	79
2. Bedeutung des Vertragsinhalts	81
3. Konsequenzen	83
IV. Weitere Untersuchungsschritte	84
E. Zwischenfazit	84
§ 3 Regulierungsherausforderungen des Einwilligungsmodells	85
A. Drittwirkungen datenprivatrechtlicher Rechtsgeschäfte	86
I. Strategische Interdependenz: Unraveling	87
1. Die Interdependenz informationellen Entscheidens	87
2. Informationsunterdrückung als kostspieliges Signal	89
3. Die Bedeutung von Technologiekosten	91
4. Die Bedeutung sozialer Normen	93
5. Schlussfolgerungen	95

II. Statistische Interdependenz: Big Data	96
III. Schlussfolgerungen	99
B. Paradoxe Privatheit	100
I. Das Privacy Paradox	101
II. Verhaltensökonomische Erklärung	104
1. Verhaltensökonomische Grundannahmen	104
2. Informationsasymmetrien	105
3. Empirische Befunde zur Einwilligungsbereitschaft	108
a) Defizitäre Selbstkontrolle	109
b) Kontextgestaltung	111
c) Kontrollillusion und Transparenz	113
d) Soziale Navigation	114
4. Zwischenergebnis	115
III. Schlussfolgerungen	116
C. Die soziale Formation des Privaten	116
I. Subjektivität als Unabhängigkeit	117
II. Subjektivität als Situiertheit	118
III. Privatheit und Kontext	119
IV. Schlussfolgerungen	122
D. Zwischenfazit zum Einwilligungsmodell	123
Teil 2: Grundrechtskonformer Datenschutz zwischen Privaten	126
§ 4 Grundrechte und rechtsgeschäftliche Freiheit	127
A. Grundrechte und Privatrecht	128
I. Grundrechte und formal-liberale Privatrechtsrationalität	128
1. Rechte auf rechtsgeschäftliche Kompetenzen	128
2. Liberales Schutzpflichtenkonzept	132
3. Grundrechte und bürgerliches Formalrechtsparadigma	133
II. Grundrechte und sozialstaatliche Privatrechtsrationalität	134
1. Schutzpflichten und grundrechtliche Werteordnung	134
2. Sozialrechtliche Materialisierung des Privatrechts	135
III. Grundrechte und funktional-institutionelle Privatrechtsrationalität	139
1. Privatautonomie und Binnenmarktziel	140
2. Ausdifferenzierung des europäischen Privatrechts	144
IV. Zwischenfazit	146

Inhaltsverzeichnis

B. Die transsubjektive Dimension der Rechte	146
I. Grundrechte und soziale Herrschaft: Beherrschung durch Berechtigung?	146
II. Grundrechte und gesellschaftliche Selbstorganisation	150
C. Ansätze einer postinterventionistischen Schutzpflichtendogmatik	154
I. Grundrechtliche Schutzpflichten als staatliche Beobachtungspflichten	155
II. Grundrechtsabwägung als Relationierungstechnik	156
III. Funktionalisierungstendenzen im Privatrecht	159
D. Zwischenfazit und Grenzen des hiesigen Ansatzes	161
§ 5 Datenschutzgrundrechte: zwischen Datenherrschaft und soziotechnischem Vertraulichkeitsschutz	163
A. Das datenschutzrechtliche Einwilligungsmo- dell aus Sicht einer liberalen Grund- und Privatrechtstheorie	164
I. Informationelle Selbstbestimmung zwischen Privaten	164
1. Von der objektiven Technikfolgenregulierung zum subjektiven Recht auf informationelle Selbstbestimmung	165
2. Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung als liberales Recht	169
II. Der Schutz individueller Datenkontrolle durch die europäischen Grundrechte	171
B. Datenschutzgrundrechte als Rechte auf soziotechnische Schutzstandards	175
I. Der Schutz digitaler Vertraulichkeitsinfrastruktur	176
II. Das Recht auf Integrität und Schutz informationstechnischer Systeme	177
III. Datenschutz als staatlicher Steuerungsauftrag	178
IV. Regulierte Selbstregulierung	181
C. Fazit	183
§ 6 Das Wechselverhältnis privater und staatlicher Regelbildung im horizontalen Datenschutzrecht	185
A. Datenschutzgrundrechte und die Gewährleistung kommunikativer Teilhabe	186
I. Schutz vor technologiegestützter Disziplinierung	186

II. Schutz der Lebenswelt	188
III. Schutz der Person (als Form)	189
1. Die strukturelle Kopplung von psychischen und sozialen Systemen	189
2. Die Person als Form	193
3. Datenschutz als Schutz der Person als Form?	195
IV. Schlussfolgerungen	197
B. Das Erfordernis einwilligungsfester Schutzstandards	198
C. Das Erfordernis subjektiver Datenrechte	200
I. Freiheitsrisiken substantieller Schutzstandards	200
II. Wissensdefizite in der Datenschutzregulierung	202
III. Datenschutzrechtliche Regelfindung „von unten“	204
D. Zur Möglichkeit und Akzeptabilität subjektiver Datenrechte	206
I. Die Unterscheidung zwischen Daten und Informationen	207
II. Der Gegenstand der Datenrechte	208
1. Daten als „proto-epistemische“ Kategorie?	208
2. Die semantische Anknüpfung des Datenschutzrechts	209
III. Subjektive Rechtsmacht über fremde Sinnbildungsprozesse	212
IV. Schlussfolgerungen	215
E. Fazit: Responsives privates Datenschutzrecht	216
Teil 3: Inhaltliche Grenzen rechtsgeschäftlicher Freiheit im Datenschutzrecht	220
§ 7 Die datenrechtliche Inhaltskontrolle	220
A. Entwicklungspotentiale der Inhaltskontrolle im privaten Datenschutzrecht	221
I. Entwicklung der datenrechtlichen Inhaltskontrolle	221
1. Einwilligung und AGB-Recht	221
2. Ende der Zurückhaltung bei der Inhaltskontrolle?	224
II. Einhegung statt Abschaffung des Einwilligungsmodells	225
III. Funktionsvoraussetzungen der datenrechtlichen Inhaltskontrolle	226

Inhaltsverzeichnis

B. Der grundrechtliche Hintergrund der datenrechtlichen Inhaltskontrolle	228
I. Einwilligungsfeste Mindeststandards und datenschutzbezogener Konditionenwettbewerb	229
1. Der institutionenökonomische Hintergrund einwilligungsfester Mindeststandards	229
a) Die marktfunktionale Begründung inhaltlicher Mindeststandards im (Verbraucher-)Vertragsrecht	230
aa) AGB-Recht	230
bb) Verbrauchervertragsrecht	233
b) Die Kompensation ausbleibenden Konditionenwettbewerbs im Datenschutzbereich	235
c) Digitaler Binnenmarkt und Datenschutz	236
d) Datenschutzrecht als Verbraucherschutzrecht	238
2. Marktversagen und grundrechtliche Schutzpflichten	240
3. Schlussfolgerungen	242
II. Schutz vor Drittwirkungen	244
III. Zwischenergebnis	246
C. Die grundrechtskonforme Ausgestaltung der datenrechtlichen Inhaltskontrolle	247
I. Responsive Maßstababildung und Relationierung durch Abwägung	247
II. Die Angemessenheit rechtsgeschäftlicher Datenordnungen	248
1. Besondere Datenkategorien	249
2. Nichtdiskriminierungsrecht	250
3. Soziale Privatheitsstandards	252
III. Zwischenergebnis	254
D. Fazit	255
§ 8 Datenminimierung im Vertragszusammenhang	256
A. Die Inhaltskontrolle nach Art. 7 Abs. 4 DS-GVO	257
I. Die Einwilligung im Vertragszusammenhang	257
II. Beurteilung der Erforderlichkeit nach Art. 7 Abs. 4 DS-GVO	260
1. Kopplungsgestaltung	262
a) Das Verbot überraschender Datenverarbeitungen	262

b) Datenverarbeitungen als vertragliche Hauptleistungspflichten	263
aa) Persönlichkeitsrechtliche Lizenzen (Merchandisingverträge)	264
bb) Plattformökonomie („Bezahlen mit Daten“)	266
c) Wettbewerbssituation	270
d) Angebot eines gleichwertigen Alternativzugangs	271
2. Konkrete Autonomie und Teilhabersiken	273
a) Abwägende Angemessenheitsprüfung	273
b) Intensitätskriterien	274
c) Bedeutung der Datensicherheit	275
III. Rechtsfolgen nicht-erforderlicher Kopplung	275
1. Unwirksamkeit der Einwilligung	275
2. Möglichkeit der Teilnichtigkeit	276
3. Möglichkeit der alternativen Berechtigung	277
4. Möglichkeit der Entkopplung	278
IV. Zwischenergebnis	278
B. Die AGB-rechtliche Angemessenheitskontrolle von Einwilligungserklärungen	279
I. Verhältnis zu Art. 7 Abs. 4 DS-GVO	279
1. Datenschutzrechtlicher Ansatz	279
2. Schuldrechtlicher Ansatz	280
II. Die AGB-Kontrolle nicht-gekoppelter Einwilligungen	280
C. Die Inhaltskontrolle der vertraglichen Verarbeitungslegitimation nach Art. 6 Abs. 1 lit. b DS-GVO	282
§ 9 Die datenrechtliche Inhaltskontrolle am Beispiel personalisierter Online-Werbung	283
A. Der Einsatz von Social-Media-Marketing-Tools	284
I. Fallkonstellation	284
II. Einwilligungsbedürftigkeit	285
1. Verantwortlichkeit	286
2. Berechtigte Interessen (Art. 6 Abs. 1 lit. f DS-GVO)	288
3. Vertragliche Legitimation (Art. 6 Abs. 1 lit. b DS-GVO)	289
III. Inhaltliche Anforderungen an die Einwilligung	290
1. Maßgeblichkeit von Art. 7 Abs. 4 DS-GVO	290
2. Überraschungsverbot	291
3. Verarbeitungsrisiken	291
IV. Ergebnis	293

Inhaltsverzeichnis

B. Der Einsatz von Social-Media-Trackern	294
I. Drittanbieter-Tracking	294
II. Fallkonstellation	295
III. Einwilligungsbedürftigkeit	297
1. Datenschutzrechtliche Verantwortlichkeit	297
2. Anwendbarkeit von § 15 Abs. 3 TMG	298
3. Berechtigte Interessen (Art. 6 Abs. 1 lit. f DS-GVO)	299
4. Vertragliche Legitimation (Art. 6 Abs. 1 lit. b DS-GVO)	303
IV. Inhaltliche Anforderungen an die Einwilligung	304
1. Anwendbarkeit von Art. 7 Abs. 4 DS-GVO	305
2. Kopplungsgestaltung	306
3. Konkrete Verarbeitungsrisiken	306
V. Ergebnis	308
Zusammenfassung der Ergebnisse	309
Schlusswort	317
Literaturverzeichnis	321

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	andere(r) Ansicht
a.a.O.	am angegebenen Ort
Abl.	Amtsblatt der Europäischen Union
Abs.	Absatz
ACM	Association of Computing Machinery
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
AfP	Zeitschrift für Medien- und Kommunikationsrecht (zuvor: Archiv für Presserecht).
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
AK	Alternativkommentar
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
ARSP	Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie
Art.	Artikel (auch Plural)
B2B	Business-to-Business (Rechtsbeziehungen zwischen Unternehmen im Sinne von § 14 BGB)
B2C	Business-to-Consumer (Rechtsbeziehungen zwischen Unternehmen und Verbrauchern im Sinne von §§ 13, 14 BGB)
BB	Betriebs-Berater
BDSG	Bundesdatenschutzgesetz
BeckOGK	Beck'scher Online Großkommentar
BeckOK	Beck'scher Online-Kommentar
BeckRS	Beck-Rechtsprechung
ber.	berichtigt
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGH	Bundesgerichtshof
BH VERW	Die Verwaltung Beiheft
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
bzw.	beziehungsweise
CR	Computer und Recht
DGRI	Deutsche Gesellschaft für Recht und Informatik e.V.
d.h.	das heißt

Abkürzungsverzeichnis

Digitalinhalte-RL	Richtlinie (EU) 2019/770 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2019 über bestimmte vertragsrechtliche Aspekte der Bereitstellung digitaler Inhalte und digitaler Dienstleistungen, ABl. L 136 S. 1.
DS-GVO	Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG, ABl. L 119 S. 1, ber. ABl. L 314 S. 72 und ABl. 2018 L 127 S. 2.
DS-RL	Richtlinie 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 1995 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr, ABl. L 281 S. 31, ber. 2017 L 40 S. 78.
DuD	Datenschutz und Datensicherheit
ebd.	ebenda
EMRK	Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten (Europäische Menschenrechtskonvention)
E-Privacy-RL	Richtlinie 2002/58/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Juli 2002 über die Verarbeitung personenbezogener Daten und den Schutz der Privatsphäre in der elektronischen Kommunikation (Datenschutz-Richtlinie für elektronische Kommunikation), ABl. L 201 S. 37.
E-Privacy-VO-E	Vorschlag der Kommission für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Achtung des Privatlebens und den Schutz personenbezogener Daten in der elektronischen Kommunikation und zur Aufhebung der Richtlinie 2002/58/EG vom 10.1.2017 (Verordnung über Privatsphäre und elektronische Kommunikation), COM(2017) 10.
ErwG	Erwägungsgrund
EU	Europäische Union
EuCML	Journal of European Consumer and Market Law
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
f.	folgende
GDPR	General Data Protection Regulation (s. DS-GVO)
GG	Grundgesetz
GPR	Zeitschrift für das Privatrecht der Europäischen Union
GRC	Charta der Grundrechte der Europäischen Union vom 12. Dezember 2007, ABl. C 303 S. 1.

GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht
GRUR Int.	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil
h.M.	herrschende Meinung
HKK	Historisch-kritischer Kommentar zum BGB
Hrsg.	Herausgeber
Hs.	Halbsatz
i.V.m.	in Verbindung mit
IEEE	The Institute of Electrical and Electronics Engineers
insb.	insbesondere
IPRB	IP-Rechtsberater
JIPITEC	Journal of Intellectual Property, Information Technology and Electronic Commerce Law
JuS	Juristische Schulung
JZ	JuristenZeitung
KG	Kammergericht
KJ	Kritische Justiz
Klausel-RL	Richtlinie 93/13/EWG des Rates vom 5. April 1993 über mißbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen, ABl. L 95 S. 29.
KUG	Gesetz betreffend das Urheberrecht an Werken der bildenden Künste und der Photographie vom 9. Januar 1907.
LG	Landgericht
lit.	Buchstabe
MüKo	Münchener Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch
NJOZ	Neue Juristische Online Zeitschrift
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
Nr.	Nummer
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NZKart	Neue Zeitschrift für Kartellrecht
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
OLG	Oberlandesgericht
ÖOGH	Oberster Gerichtshof der Republik Österreich
r+s	Recht und Schaden
Rn.	Randnummer
Rspr.	Rechtsprechung

Abkürzungsverzeichnis

RTB	Real time bidding
S.	Seite
s.	siehe
s.o.	siehe oben
v.	vom
VersR	Versicherungsrecht
VERW	Die Verwaltung
VG	Verwaltungsgericht
VGH	Verwaltungsgerichtshof
vgl.	vergleiche
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
VVG	Gesetz über den Versicherungsvertrag vom 23. November 2007, BGBl. I S. 2631.
ZD	Zeitschrift für Datenschutz
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZfPW	Zeitschrift für die gesamte Privatrechtswissenschaft
ZfRSoz	Zeitschrift für Rechtssoziologie
ZGE	Zeitschrift für Geistiges Eigentum